



Widerstand gegen Deutsche Bank-Projekt: Demonstranten fordern die Schließung der Freeport Goldmine in Westpapua, Photo: Mast Irhsm/epa/Corbis

Bei der Wahl ihrer Firmenkunden kennt die Deutsche Bank keine Skrupel und stellt auch den schwärzesten Schafen eine Finanzierung bereit. Zu ihren Kunden gehört z.B. das Bergbauunternehmen Freeport, das als Umweltsünder par excellence gilt, oder das chinesische Ölimperium CNPC/PetroChina, das für Menschenrechtsverletzungen im Sudan mitverantwortlich ist. Statt „in allen Geschäftsbereichen Erstklassiges zu leisten“, hinkt die Deutsche Bank in punkto verantwortliche Geschäftspraktiken weit hinter der Konkurrenz her.

Dabei hat kein anderes deutsches Bankenhaus seit Beginn der 90er Jahre bereitwillig so viele ökologische und soziale Nachhaltigkeitserklärungen unterzeichnet wie die Deutsche Bank. Alles nur Imagepolitik: Ihre finanziellen Dienstleistungen gewährt sie ohne jede Rücksicht auf ökologische und soziale Verluste. Das vorliegende Dossier fordert vom deutschen Bankenprimus ein radikales Umdenken: Menschenrechts- und Umweltbelange dürfen nicht länger ehrgeizigen ökonomischen Renditezielen geopfert werden.

Falls Sie Kundin oder Kunde der Deutschen Bank sind oder Aktien des Unternehmens halten, können Sie mithelfen, einen Schlussstrich unter diese unverantwortlichen Geschäftspraktiken zu ziehen. Werden Sie aktiv und schicken Sie die Protestpostkarte am Ende dieses Dossiers noch heute ab. Machen Sie Herrn Ackermann klar, dass die Kunden und Kundinnen seiner Bank einen grundlegenden Wandel wollen – zu einer Geschäftsbank mit Gewissen und praktizierten Grundsätzen statt leeren Worten und schlimmen Taten.



“Der Verkauf der Aktienanteile an PetroChina durch das Europäische Parlament sendet ein klares Signal an die Firmen, die immer noch Beziehungen zu einem Regime unterhalten, das so wenig tut, um die Gewalt in Darfur zu beenden.“

(Glenys Kinnock, Mitglied des Europäischen Parlaments, 2008)



Deutsche Bank

Kredite für Kriegstreiber

In der DR Kongo und im Sudan finanziert die Deutsche Bank Firmen, die über Leichen gehen.

Der multinationale Bergbaukonzern AngloGold Ashanti war langjähriger Partner von Bürgerkriegsmilizen im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo. Das chinesische Ölkonglomerat CNPC/Petrochina fördert blutiges Erdöl in der sudanesischen Krisenprovinz Darfur. Bei der Deutschen Bank sind diese Unternehmen willkommene Geschäftspartner.

Andere Finanzinstitutionen zeigen mehr Gewissen. So lehnt die britische Bank Barclays Finanzaktivitäten in Ländern ab, gegen die UN-Sanktionen wirksam sind. Ebenso macht Barclays keine Geschäfte mit Firmen, die in diesen Ländern aktiv werden wollen.

Von solchen Schritten ist die Deutsche Bank weit entfernt: Sie kooperiert mit Firmen, die Bürgerkriege anheizen und als Auftraggeber brutaler Sicherheitskräfte bekannt sind. Sie finanziert Konzerne, denen Komplizenschaft bei Massenvertreibungen und Terror gegen die Zivilbevölkerung vorgeworfen wird. Sie stört sich weder an Embargos der UN noch an dokumentierten Menschenrechtsverletzungen.

Kämpfer in Darfur,
Photo: www.indybay.org





AngloGold Ashanti geht über Leichen

Im Nordosten der DR Kongo werden die größten Goldreserven der Welt vermutet. Sie spielten eine entscheidende Rolle für den Bürgerkrieg in der Region. Blutige Kämpfe zwischen konkurrierenden Milizen um die Vorherrschaft in der Bergbaustadt Mongbwalu führten zwischen Juni 2002 und September 2004 zum Tod von mehr als 2.000 Menschen. Es kam zu Plünderungen, Massenvertreibungen und systematischen Menschenrechtsverletzungen.

Ungeachtet der laufenden Kämpfe bereitete das multinationale Unternehmen AngloGold Ashanti im unmittelbaren Konfliktgebiet die Förderung von Gold vor – und konnte dabei mit der Unterstützung der Deutschen Bank rechnen.

Hand in Hand mit den Milizen

Die Stadt Mongbwalu stand damals unter der Kontrolle der FNI (Front des Nationalistes et Intégrationistes), einer für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlichen Miliz. Ihr selbsternannter Präsident Floribert Niabu rühmte sich in einem Interview damit, dem Konzern die Erlaubnis zum Abbau des Goldes erteilt zu haben: „Die Regierung kommt nie nach Mongbwalu. Ich habe Ashanti die Erlaubnis erteilt, hier tätig zu werden. Ich bin der Boss von Mongbwalu.“ Im Gegenzug habe sich AngloGold Ashanti zur Zahlung von Geldern bereit erklärt.

Statt sich aus dem Bürgerkriegsgebiet zurückzuziehen, heizte AngloGold Ashanti durch seine Kooperation mit der FNI den brutalen Bürgerkrieg weiter an und ermöglichte ihr den Kauf weiterer Waffen. Und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die UN und die EU bereits um eine Entwaffnung der Milizen bemühten. So waren z.B. FNI-Massaker der zentrale Auslöser der französisch geführten EU-Militärintervention im Sommer 2003.

Verantwortungslos in langer Tradition

Dass die Deutsche Bank in Ländern Geschäfte macht, in denen Menschenrechte systematisch missachtet werden, hat Tradition. Über Jahre hinweg unterstützte die Deutsche Bank den öffentlichen Sektor des südafrikanischen Apartheidstaats durch beträchtliche Kredite. Sie kooperierte mit einem System, das auf der systematischen Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung beruhte. Sie profitierte von der rassistischen Ordnung und machte sich der „ungerechten Bereicherung“ schuldig, wie der Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu 2005 in New York unterstrich. Bis heute rechtfertigt die Deutsche Bank dieses Verhalten und übernimmt keine Verantwortung gegenüber den Opfern der Apartheid.

Als wäre nichts geschehen...

Mittlerweile haben sich die Milizen aus der Region zurückgezogen. AngloGold Ashanti kann ungestört seine Explorationsarbeiten fortsetzen. Wegen der Kooperation mit den Milizen muss das Unternehmen keine Bestrafung fürchten. Auch bei der Deutschen Bank ist AngloGold Ashanti durch sein Verhalten nicht in Misskredit geraten.

Kredit für Kriegstreiber

Noch 2005, zu einem Zeitpunkt, als die verhängnisvollen Aktivitäten von AngloGold Ashanti im Kongo längst bekannt waren, beteiligte sich die Deutsche Bank im Rahmen eines internationalen Bankenkonsortiums an der Finanzierung des Unternehmens. Das Konsortium sicherte AngloGold Ashanti einen 700 Millionen US\$ Rahmenkredit mit einer Laufzeit von drei Jahren zu. Darüber hinaus wickelte die Deutsche Bank in Zusammenarbeit mit der Dresdner Bank und der City Bank Group die Ausgabe von festverzinslichen Wertpapieren im Wert von 1 Mrd. US\$ im Jahr 2004 ab. Diese wurden unter anderem zur Finanzierung des Kaufs des ghanaischen Goldunternehmens Ashanti Goldfields eingesetzt.

Gewalt in Ghana

Auch in Ghana werden AngloGold Ashanti Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen: hier gehen die privaten Sicherheitskräfte des Unternehmens gewaltsam gegen Kleinschürfer vor. Hunderte wurden brutal vertrieben. Über die Medien droht das Management von AngloGold Ashanti mit dem Einsatz des Militärs, falls die Anwohner der Minen auf eigene Faust schürfen oder Zugang zu Ackerland fordern. Die blutige Niederschlagung von friedlichen Demonstrationen der Bevölkerung, bei denen es häufig Tote und Schwerverletzte gab, verdeutlichen, dass Gewalt bei AngloGold Ashanti Programm ist.



Kämpfer im Sudan,
Photo: Mia Farrow

„Die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer der DR Kongo durch ausländische Milizen ist zum System geworden [...]. Zahlreiche private Unternehmen waren involviert und haben den Krieg unmittelbar angeheizt, indem sie die Rohstoffe mit Waffen bezahlten.“ (Ehemaliger UN-Generalsekretär Kofi Annan, April 2001)

CNPC/PetroChina: blutiges Erdöl aus dem Sudan

Bereits ihr erster Börsentag katapultierte die chinesische Ölgesellschaft PetroChina, Tochterfirma von CNPC (Chinese National Petroleum Corporation), auf den Rang des wertvollsten Unternehmens weltweit. Ein Grund zur Freude ist das nur, wenn man die Augen vor den blutigen Geschäften dieser beiden, sehr eng miteinander verwobenen und voneinander abhängigen Unternehmen verschließt: Denn CNPC/PetroChina erreicht seine guten Bilanzen u.a. durch Geschäfte mit dem sudanesischen Regime, das für die vermutlich größte humanitäre Katastrophe des beginnenden 21. Jahrhunderts verantwortlich ist. Mit im Spiel: Geld der Deutschen Bank.

Größter Haushaltsposten: Waffen

Ca. 70 Prozent der Einnahmen der sudanesischen Regierung fließen in Militärausstattung und die Bewaffnung arabischer Reitermilizen, die seit Jahren schwere Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung in Darfur begehen. Bis zu 300.000 Menschen hat der Krieg bislang das Leben gekostet, über 2 Millionen leben als Flüchtlinge unter miserablen Bedingungen in den angrenzenden Ländern.

Partner der Diktatur

Die sudanesische Regierung finanziert ihren Krieg in Darfur vor allem durch den Verkauf von Erdöl, das zum größten Teil von

PetroChinas Mutterkonzern CNPC gefördert wird. Für die Menschenrechtsgruppe Sudan Divestment Task Force, die sich für den gezielten Abzug von Investitionen aus der Region einsetzt, zählen CNPC und PetroChina deshalb zu den „größten Missetätern“ im Krieg in Darfur.

Finanziert von der Deutschen Bank
CNPC/PetroChina verschließt vor den Kriegstoten und den vielen Tausenden Vertriebenen in Darfur die Augen. Für den Ölgiganten zählt allein der Zugriff auf das Öl und trotz internationaler Kritik und Ächtung ist er nicht bereit, auf das Sudan-Geschäft zu verzichten. Ebenso die Deutsche Bank: Sie beteiligte sich im September 2005 maßgeblich an der Ausgabe von Wertpapieren in Höhe von 2,4 Mrd. US\$ für PetroChina.

Viele andere Institutionen brachen dagegen ihre geschäftlichen Beziehungen zu CNPC/PetroChina ab. So entschloss sich PGGM, einer der größten Pensionsfonds der Niederlande, im Januar 2008 seine Anteile an PetroChina aus Menschenrechtsgründen abzustoßen. Im März 2008 verkaufte auch der Rentenfonds des Europäischen Parlaments seine Beteiligungen an PetroChina.

Zum Weiterlesen:

AngloGold Ashanti geht über Leichen

- Erklärung von Bern: Ihre Bank ist auch eine Kohlemine, Zürich 2006
- Netzwerk Vlaanderen/Bank Track: Bank Secrets, Brüssel 2007
- Fian Deutschland: Die dunkle Seite des Goldes. Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen, 2007, www.fian.de
- Fian International: Universal Periodic Review (Ghana). Human Rights violations in the context of large scale mining operations, Mai 2008
<http://www.fian.org/resources/documents/others/mining-related-human-rights-violations-ghana/pdf>

CNPC/PetroChina: blutiges Erdöl aus dem Sudan

- Jan Willem van Gelder: German Financial Institutions and Oil and Gas in Africa and the former Soviet Union. Profundo economic research, 2007
- Sudan Divestment Taskforce: <http://www.sudandivestment.org/home.asp>
- BankTrack: Genocide in Darfur. No business with death, <http://www.banktrack.org/?show=news&id=128>



„Die französische Firma Total ist zur wichtigsten Stütze
des burmesischen Militärsystems geworden.“

(Aung San Suu Kyi, Friedensnobelpreisträgerin)



Deutsche Bank

Geld für Unrechtsregime

So weit Burma und Turkmenistan geographisch auch entfernt sein mögen, sie haben eine bedeutende Gemeinsamkeit: Die langjährigen Diktaturen, die in beiden Ländern herrschen, können in Finanzfragen auf die Unterstützung und Kooperationsbereitschaft der Deutschen Bank zählen.

Turkmenistan, das auch nach dem Tod des Diktators Niyazov autoritär regiert wird, lässt einige seiner Staatskonten in Frankfurt am Main verwalten. Niyazov hat diese Devisen, so die Aussage eines Ex-Zentralbankchefs, als sein „persönliches Taschengeld“ betrachtet und sich daran von Zeit zu Zeit bedient. In Burma, wo bereits seit 1961 wechselnde Militärregierungen die Fäden in der Hand halten, arbeitet die Deutsche Bank vertrauensvoll mit dem französischen Energiekonzern Total zusammen. Während andere international agierende Energiekonzerne wie z.B. BP keine Geschäfte mit der Militärjunta tätigen, hält Total an seinem Engagement in Burma fest. Total-Chef Christophe de Margerie bezeichnet Total gar „als letztes Bollwerk der Demokratie“ in Burma. Nur, dass dieses vermeintliche Bollwerk alljährlich Millionen in ein Unrechtsregime pumpt, das gegen die eigene Bevölkerung regiert.

**Burmesische Mönche
protestieren gegen
die Militärjunta,**
Photo: Reuters/Corbis

Deutsche Bank Geld für Unrechtsregime

Total verstrickt in Burma

Spätestens seit der gewaltsamen Niederschlagung der Demonstrationen von Mönchen und der Zivilbevölkerung im Herbst 2007 ist der Weltöffentlichkeit der brutale Charakter der burmesischen Diktatur klar vor Augen geführt worden. Über 10.000 Gegner des Regimes wurden in den letzten Jahren inhaftiert, viele wurden gefoltert. Tausende von Menschen werden durch die Armee zu Zwangsarbeit im Straßenbau und für den Transport militärischer Ausstattung herangezogen. Sie leiden unter Mangelernährung und Erschöpfung, es kommt zu willkürlichen Morden. Vergewaltigungen durch Angehörige der Armee sind keine Seltenheit. Vor allem gegen die als widerständig geltenden Minderheiten geht das Regime mit großer Härte vor.

Wirtschaftshilfe für die Diktatur

Die Militärregierung finanziert sich hauptsächlich durch die Ausbeutung der reichhaltigen Bodenschätze des Landes, zumeist unter Beteiligung von ausländischen Unternehmen. Heraus ragt dabei das französische Energieunternehmen Total, das seit 1992 ein multinationales Joint Venture unter Beteiligung einer burmesischen Staatsfirma anführt und mittlerweile eine Mrd. US\$ in Burma investiert hat. Total fördert auf dem Yadana-Gasfeld täglich ca. 18 Millionen Kubikmeter Erdgas. Die Einkünfte, die das burmesische Regime daraus bezieht, belaufen sich auf 200 bis 450 Millionen US\$ jährlich. Yadana ist damit die größte Einkommensquelle der Diktatur und eine seiner zentralen ökonomischen Stützen.

Investitionen gegen die Bevölkerung

40 Prozent der Staatseinnahmen fließen direkt in die Töpfe der Armee, im Vergleich zu unter 3 Prozent, die für Gesundheit und Bildung ausgegeben werden. Die Lebensqualität sinkt zusehends, wie der Index für menschliche Entwicklung des UN-Entwicklungsprogramms UNDP zeigt: Auf diesem rutschte Burma trotz der Einnahmen aus dem Gasgeschäft von Rang 118 (2001) auf Rang 132 (2003) von 177 untersuchten Staaten ab. Menschenrechte werden systematisch missachtet. Auch im Zusammenhang mit dem Bau der Pipeline, die das Erdgas direkt in das angrenzende Hauptabnehmerland Thailand transportiert, kam es zu massivem Einsatz von Zwangsarbeit, Mas-

senvertreibungen aus den angrenzenden Dörfern und zu Morden.

International in der Kritik

Selbst das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, sonst für seine Neutralität bekannt, verurteilte das Regime im Juni 2007 scharf. Zahlreiche international agierende Großkonzerne wie etwa die namhaften Juwelierunternehmen Cartier und Tiffany oder Handelsketten wie Woolworth, IKEA, Levi's und Adidas verzichteten wegen der gravierenden Menschenrechtsverletzungen darauf, Geschäfte in Burma zu tätigen.

Total verantwortungslos

Das alles hindert Total nicht daran, weiter Erdgas in Burma zu fördern. Im Gegenteil: Beim Bau der Pipeline hat das Unternehmen durch den Einsatz von Zwangsarbeitern profitiert. In den USA und Frankreich haben in den letzten Jahren Betroffene von Zwangsarbeit und ihre Vertreter gegen die im Yadana-Projekt beteiligten Firmen geklagt. Es kam zu einem Vergleich, bei dem Total an die Opfer Entschädigungszahlungen leisten musste. Im Oktober 2007 hat nun die belgische Staatsanwaltschaft ein weiteres Verfahren gegen den französischen Ölkonzern wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Burma eröffnet. Auch hier werfen die Kläger Total eine Mitschuld an Folter und Zwangsarbeit beim Bau der Yadana-Pipeline vor.

Menschenrechtsorganisationen fordern seit langem strenge Finanzsanktionen gegen das Unrechtsregime. Sowohl die EU als auch die USA haben verschiedene Sanktionen ergriffen, um z. B. die Auslandskonten burmesischer Generäle zu sperren und den Export von Waffen nach Burma zu unterbinden. Führende internationale Konzerne wie z. B. das Textilunternehmen Levi Strauss Co. stellen fest: „Es ist nicht möglich in Burma Geschäfte zu machen, ohne dadurch direkt die Militärregierung und ihre Menschenrechtsverbrechen zu unterstützen.“

Die Deutsche Bank ist dabei

Die ständigen Menschenrechtsverletzungen und eindeutige Komplizenschaft des Unternehmens Total mit dem burmesischen Regime stellt für die Deutsche Bank keinen Grund dar, ihre Finanzierung des Energiekonzerns einzustellen. Sie beteiligt sich als Händlerin von festverzinslichen Wertpapieren, deren Verkauf die City Bank Group für

Konfliktrohstoffe

Das einträgliche Rohstoffgeschäft schadet den Bewohnern rohstoffreicher Länder meistens mehr als es ihnen nützt: Die Einnahmen wandern bevorzugt in die Taschen der Regierung. Für die Bevölkerung bleiben nur die Umweltschäden zurück. Kriege brechen über die strittige Kontrolle der Ressourcen aus. Viele Bürgerkriegsparteien in Konfliktgebieten finanzieren sich primär durch Rohstoffexporte. Der Rohstoffreichtum vieler Länder wird so oft zum Ressourcenfluch. Seit 2003 setzt sich die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) unter dem Dach der Weltbank für die Offenlegung der Zahlungen ein, die im Zusammenhang mit Rohstoffgeschäften fließen. Die Deutsche Bank ist bisher noch nicht einmal bereit, sich dieser bescheidenen Initiative der Weltbank anzuschließen.



Total koordiniert. Sie leitete ein Konsortium an, das für die Total-Tochterfirma Total Capital festverzinsliche Wertpapiere mit einer Laufzeit von 6,5 Jahren im Wert von 76,5 Millionen US\$ verkaufte (März 2004). Im Mai und September 2006 führte sie den Verkauf von Wertpapieren im Wert von 218 Millionen US\$ durch.

Hausbank der Diktatur - Turkmenistan

Die ehemalige Sowjetrepublik Turkmenistan ist ein reiches Land. Sie verfügt über große Erdgas- und Erdölvorkommen, die sie vor allem an Russland und den Iran verkauft. Die Brennstoffexporte sichern dem Land beträchtliche Einnahmen: 2007 wurden sie auf 5 Mrd. US\$ geschätzt.

Reichtum: Nur für die Regierung

Die Bevölkerung sieht davon jedoch wenig. Seit der Unabhängigkeit 1991 bis zu seinem Tod 2006 regierte der Diktator Saparmurat Niyazov mit Unterstützung des Militärs das Land. Bildungs- und Sozialausgaben sanken drastisch, die Pressefreiheit wurde massiv beschnitten, stattdessen etablierte Niyazov einen allgegenwärtigen Kult seiner Person, den er aus öffentlichen Geldern finanzierte. Im ganzen Land wurden goldene Monumente für den Diktator errichtet, während er Krankenhäuser und Bibliotheken außerhalb der Hauptstadt schließen ließ. Die Wochentage und Monate wurden nach ihm und seinen Eltern umbenannt. Als Niyazov starb, waren alle Oppositionsparteien verboten, der überwiegende Teil der politischen Gegner ins Ausland geflohen, inhaftiert oder verbannt. Es gibt bislang nur wenige Anzeichen, dass sich die Situation unter dem neuen Staatsoberhaupt Gurbanguly Berdymuhammedov grundlegend ändern wird. Dieser führt im Wesentlichen den politischen Kurs seines Vorgängers weiter fort.

Konten bei der Deutschen Bank

Turkmenistan wird von Transparency International als eines der korruptesten Länder der Welt gelistet. Große Summen erreichen niemals die Staatskasse und verschwinden in dunklen Kanälen. Die Organisation Global Witness schätzt, dass während Niyazovs Herrschaft bis zu 3 Mrd. US\$ bei der Deutschen Bank gebunkert wurden. Ein Vertrag von 2002 zeigt, dass z.B. Einnahmen aus

Gasgeschäften zwischen der Ukraine und Turkmenistan von 2002 bis 2006 auf das Konto Nr. 949924500 bei der Deutschen Bank in Frankfurt eingezahlt werden sollten. Kontoinhaber ist die turkmenische Zentralbank, aber nach Aussagen des früheren Zentralbankchefs betrachtete Niyazov diese Gelder als sein persönliches Besitztum. Auch der Devisenreservefonds FERF (Foreign Exchange Reserve Fund) wurde auf Geheiß des Diktators bei der Deutschen Bank eingerichtet. Somit wurde ein völlig intransparentes System der Finanzverwaltung aufgebaut, wobei gewaltige 75 Prozent der Staatsausgaben außerhalb des offiziellen Budgets geführt werden. Als wichtigster Helfershelfer dabei: die Deutsche Bank.

Korruption in großem Stil

Auch nach Einschätzung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wurden die Gelder auf dem Konto der Deutschen Bank vom Ex-Präsidenten allein kontrolliert. Nach Einlagerung der Gelder bei der Deutschen Bank gab es mehrere Betrugsaffären um den außer Landes gebrachten Staatsschatz: So verschwanden z.B. im September 2002 über 41 Mio. US\$ von der turkmenischen Zentralbank, davon 3,75 Mio. US\$ von dem Frankfurter Konto. Einer der Verdächtigen wurde ermordet in einer Wohnung in Sankt Petersburg aufgefunden. Die turkmenische Regierung verhinderte bei dem anschließenden Prozess gegen die beiden Mittäter in Moskau 2004, Licht in die dunklen Kanäle der Unterschlagung dringen zu lassen. Stattdessen wurden die Führungskräfte der Zentralbank und der staatlichen Ölfirma mehrfach ausgewechselt, die Entlassenen mit drakonischen Haftstrafen belegt. Alles weist darauf hin, dass die Staatsführung die Kontrolle über die Mittel selbst in Händen behalten wollte – ohne Rechenschaftspflicht.

Nach dem Diktator ist vor dem Diktator?

Seit dem Tod Niyazovs im Dezember 2006 stellt sich die Frage nach der korrekten und transparenten Verwendung der turkmenischen Staatsfinanzen umso dringlicher. Was geschieht nun mit den Geldern der Turkmenen? Der neue Präsident Gurbanguly Berdymuhammedov hat zwar im letzten Jahr Transparenz angekündigt. Über den Verbleib der fraglichen Gelder ist bis heute jedoch nichts an die Öffentlichkeit gedrungen.



Niyazov-Monument in Ashgabat, Photo: Feid Geiger

Zum Weiterlesen:

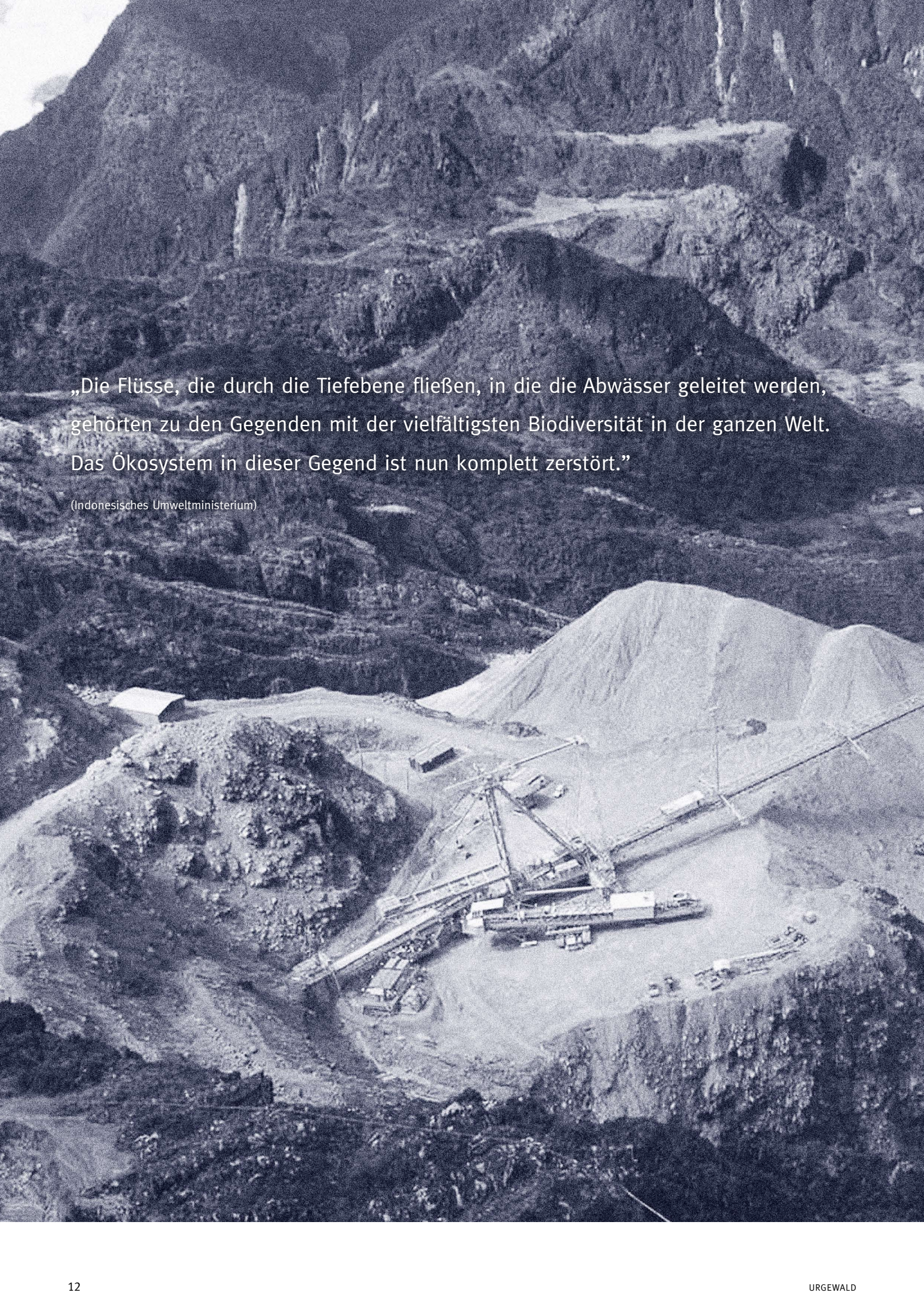
Total verstrickt in Burma

- Erklärung von Bern: Ihre Bank ist auch eine Kohlemine, Zürich 2006
- Netwerk Vlaanderen/Bank Track: Bank Secrets, Brüssel 2007
- Jan Willem van Gelder: German Financial Institutions and Oil and Gas in Africa and the former Soviet Union. Profundo economic research, 2007

Hausbank der Diktatur-Turkmenistan

- Global Witness: It's a Gas. Funny Business in the Turkmen-Ukraine Gas Trade, Report, 2006
- Hugh Williamson: Deutsche Bank admits to Turkmen accounts, Financial Times, 10.5.2007

Wird die Deutsche Bank Verantwortung für ihre Rolle bei der Plünderung der turkmenischen Staatsfinanzen übernehmen? Oder agiert sie weiterhin als Hausbank korrupter Regierungen, die den Reichtum des Landes ins Ausland schaffen, während die eigene Bevölkerung in Armut lebt?



„Die Flüsse, die durch die Tiefebene fließen, in die die Abwässer geleitet werden, gehörten zu den Gegenden mit der vielfältigsten Biodiversität in der ganzen Welt. Das Ökosystem in dieser Gegend ist nun komplett zerstört.“

(Indonesisches Umweltministerium)



Deutsche Bank

Partner für Umweltsünder und Wasservergifter

„Das Menschenrecht auf Wasser ist unumgänglich, wenn Menschen in Würde leben wollen. Es ist eine Vorbedingung für die Verwirklichung anderer Menschenrechte“, erklärte der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UN im Jahr 2002. Die Deutsche Bank ficht das jedoch nicht an. Sie beteiligt sich unge-
nert an der Finanzierung einiger der welt schlimmsten Wasserverschmutzer, wie etwa Freeport McMoRan und Vedanta. Beides sind Bergbaukonzerne, die wiederholt durch Umweltskandale enormen Ausmaßes aufgefallen sind und bei vielen anderen Finanzdienstleistern deswegen längst auf der schwarzen Liste stehen.

**Berge von Abraum aus
der Freeportmine,**
Photo: Indonesisches
Umweltministerium

Freeport McMoRan vergiftet Flüsse in Papua

Der bergige Regenwald der indonesischen Provinz Papua ist eine Schatzkammer der Artenvielfalt – sie birgt tausende bislang unbekannter Tier- und Pflanzenarten. Forscher, die das Gebiet erkunden, befinden sich allerdings im Wettlauf mit der Zeit, denn das vielfältige Ökosystem ist akut bedroht.

Biodiversität in Gefahr

Das Bergbau-Unternehmen Freeport McMoRan betreibt im westlichen Hochland Papuas die Grasberg Mine, die größte Gold- und drittgrößte Kupfermine weltweit. Der Preis ist hoch: 640.000 Tonnen Gestein werden täglich ausgegraben, ein Drittel davon landet als hochgradig verseuchter Abraum getränkt mit Schwermetallen wie Arsen, Kadmium und Quecksilber in der Landschaft. Freeport McMoRan verwendet eine hoch umstrittene Technik zur Entsorgung des Gesteins: Die riesigen Abraumengen werden nicht in kontrollierten Deponien gelagert, sondern direkt in den Flüssen entsorgt. Mehr als 238.000 Tonnen giftiger Abraum werden täglich durch die Flüsse Aghawagon und Otomona abtransportiert und in den Ajkwa-Fluss wie in einem riesigen Absinkweiher entsorgt.

Die Konsequenzen für das Ökosystem sind fatal. Fische und Wasserpflanzen sterben und mit ihnen eine wichtige Ernährungsgrundlage für die Bewohner der Region. Das Flusswasser kann nicht mehr als Trinkwasser verwendet werden. Der Abraum gelangt in die angrenzenden Flussläufe und führt zu weiträumiger Vergiftung und Erstickung des Umlands: Denn die Pflanzen und Tiere können unter den dicken Schichten abgelagerter Sedimente nicht mehr atmen. Die hoch

Freeport und das Militär

Für die Betreiber der Grasbergmine handelt es sich um eine „ganz normale Geschäftsaktivität“: Sie entlohnen Militär- und Polizeikräfte mit Geldzahlungen und anderen Leistungen, damit diese im Gegenzug einen ungestörten Minenbetrieb gewährleisten.

Diese enge Verbindung zwischen Freeport und dem Militär geht auf die Zeiten des Diktators Suharto zurück und dauert bis heute an. Nach Recherchen der New York Times hat Freeport zwischen 1998 und 2004 fast 20 Mio. US\$ an das indonesische Militär gezahlt sowie weitere Millionensummen für militärische Infrastruktur wie Kasernen in West Papua. Zum Vergleich: In den Entschädigungsfonds für die betroffene Bevölkerung, der erst auf massivem Druck im Jahr 2001 von den Betreibern eingerichtet wurde, zahlt die Firma nur 500.000 US\$ jährlich ein. Nach Ansicht des indonesischen Menschenrechtsaktivisten John Rumbiak muss die offene und versteckte Unterstützung des Militärs durch Freeport unbedingt aufhören: „Sicherheitskräfte stehen unter dem Kommando von Regierungen zum Zweck der nationalen Verteidigung und sollten nur von demokratisch gewählten Repräsentanten bezahlt und befehligt werden.“

belastete Schlicke, die sich an den Flussufern abgelagert, wird über die Betriebsdauer der Mine zum Absterben der Regenwaldvegetation auf mehr als 230 km² führen. Journalisten und unabhängige Beobachter erhalten keinen Zutritt zur Mine und zu den Flüssen, in denen der Abraum entsorgt wird. Selbst das indonesische Umweltschutzministerium darf das Konzessionsgebiet erst seit 2005 betreten.

Illegal? Für Freeport ganz egal

Der Kommentar des Konzerns zu den gigantischen Umweltauswirkungen des Projektes lautet lapidar: „Beim Betrieb einer großen Mine sind Umweltfolgen unvermeidlich.“ Freeport McMoRan bricht jedoch seit Jahren die geltende Umweltgesetzgebung Indonesiens. Doch vor Strafverfolgung muss sich das Unternehmen nicht fürchten: Hohe Schmiergeldzahlungen an die Regierung und einzelne Staatsvertreter sowie Angehörige der Armee sichern Freeport freie Fahrt. Armeeeingehörige stehen auf der Gehaltsliste des Konzerns und bewachen die Mine. Sind Anwohner bei Geschäften „im Weg“, schrecken die Sicherheitskräfte vor nichts zurück. Eine Studie der Indonesischen Menschenrechtskommission kommt zu dem Schluss, dass Freeport verantwortlich für Deportationen, Misshandlungen, willkürliche Verhaftungen, Folter, Vergewaltigungen und Mord in der Projektregion ist.

Freeports Partner: Die Deutsche Bank

Im Juli 2006 beteiligte sich die Deutsche Bank als Teil eines internationalen Bankenkonsortiums an der Finanzierung von Freeport McMoRan. Eine erneuerbare Kreditlinie in Höhe von 465 Millionen US\$ wurde dem Unternehmen für eine Laufzeit von drei Jahren erteilt.

Der Ethikrat des norwegischen Pensionsfonds Global beurteilte das Risiko der gegenwärtigen und künftigen schweren Umweltschädigungen durch Freeport McMoRan als untragbar und setzte den Ausschluss des Unternehmens aus dem Investitionsportfolio des Pensionsfonds der Regierung durch. Die gleiche Kritik hatte schon 1995 die staatliche US-amerikanische Overseas Private Investment Corporation geäußert und eine Absicherung von 100 Millionen US\$ zurückgezogen.



Umweltverbrecher Vedanta

Der Nyamgiri Berg im indischen Bundesstaat Orissa ist eine einzigartige Naturlandschaft. Seine dichten tropischen Wälder mit über 300 Pflanzenarten sind eines der letzten Gebiete, wo noch Elefanten, Tiger, Leoparden, Bären und Wölfe leben. Seit vielen Jahren stehen diese Wälder unter Schutz. Nyamgiri ist auch Heimat für 6.000 Dongria Kondh, die als Ureinwohner in Indien besonderen Schutz genießen. Der Nyamgiri Berg ist ihr wichtigstes Heiligtum und Zentrum ihrer Kultur. Er spielt eine zentrale Rolle für ihre Identität als Indigene.

Die Zukunft sieht jedoch bedrohlich aus für die Dongria Kondh, seitdem die britische Firma Vedanta Resources im Nyamgiri-Reservat Bauxit entdeckt hat. Vedanta gehört zu den skrupellosesten Bergbauunternehmen der Welt und ist dafür bekannt, dass es außerhalb der Gesetze agiert. So auch in Orissa: Die indische Vedanta-Tochter Sterlite Industries übergibt alle Vorgaben der indischen Umweltgesetzgebung sowie die in der Verfassung Indiens verbrieften Rechte der Dongria Kondh, als es etliche Hektar Schutzwald abholzte und zwei Dörfer räumte, um eine Aluminiumhütte zu errichten. Dass es für den Bau der Hütte und seine Minenpläne einer Genehmigung des Umweltministeriums bedurft hätte, ignorierte Vedanta. Für die Versorgung der Aluminiumhütte mit Bauxit will es nun die Bergkuppen abrasieren und weite Teile der Nyamgiri-Wälder vernichten.

Gift im Wasser

Für die Förderung des Aluminium-Erzes wird Vedanta Tag für Tag 40 Mio. Liter Wasser aus der Region abzapfen. 36 Flüsse haben ihre Quellen am Nyamgiri-Berg. Sie gewährleisten die Trinkwasserversorgung und die Bewässerung der Felder. Wird die Bauxitschicht abgetragen, wird der Grundwasserspiegel sinken und die Wasserversorgung der Bevölkerung gefährden. Zudem werden die giftigen Rückstände der Schmelzhütte die Wasserbestände vergiften. Sie sollen in unmittelbarer Nähe des Naturschutzgebiets in Abwasserteichen gelagert werden. Das Naturschutzinstitut der indischen Regierung warnt in einer Studie, dass niemand an die plötzlichen Flutwellen während des Monsuns gedacht hat. Nachdem Vedanta die Waldgebiete auf den umliegenden Bergen abgeholzt hat, werden die

Sturzbäche an Heftigkeit gewinnen. Die giftige Schlacke droht dann von den reißenden Flüssen fortgespült zu werden. Großflächige Vergiftungen, die auch ins Grundwasser gelangen, wären die Folge.

Wiederholungstäter Vedanta

Vedanta Resources und seine Tochterfirma Sterlite Industries haben sich bereits weltweit einen Namen als Wasservergifter gemacht. Für den Betrieb seiner Kupferhütte Tuticorin im indischen Bundesstaat Tamil Nadu wurde Vedanta vom Obersten Gerichtshof Indiens verurteilt. Das Gericht stellte fest: „Tuticorin verstößt auf ganzer Linie gegen die Regeln zur Entsorgung gefährlicher Abfälle.“ Durch die Praktiken von Vedanta werden hier die Wasservorräte von 250.000 Menschen mit Arsen und Schwermetallen kontaminiert. In Sambia, wo Vedanta die Konkola-Kupfermine betreibt, ist der Kafue-Fluss so stark mit Kupfersulfat belastet, dass 75.000 Anrainer ihre wichtigste Trink- und Brauchwasserquelle verloren haben.

Schwarze Zahlen – Mit Gift erkaufte

Der norwegische Rentenfonds hat seine Anteile an Vedanta verkauft. Untragbar seien die systematischen Umwelt- und Menschenrechtsvergehen des Unternehmens, so die Sprecher des Fonds. Die Deutsche Bank beteiligt sich hingegen weiterhin an der Finanzierung des Unternehmens: Sie zeichnete im November 2004 Optionen im Wert von 212,5 Mio. US\$ für eine Laufzeit von 5 1/2 Jahren und im Januar 2005 zusätzliche Optionen im Wert von 25 Mio. mit der gleichen Laufzeit. Bei einer Verzinsung von 6,625 Prozent pro Jahr kann die Bank sich auf die Schulter klopfen: Grundwasservergiftung in Indien ist ein einträgliches Geschäft.



Protest der Dongria Kondh, Photo: Environmental Protection Group Orissa

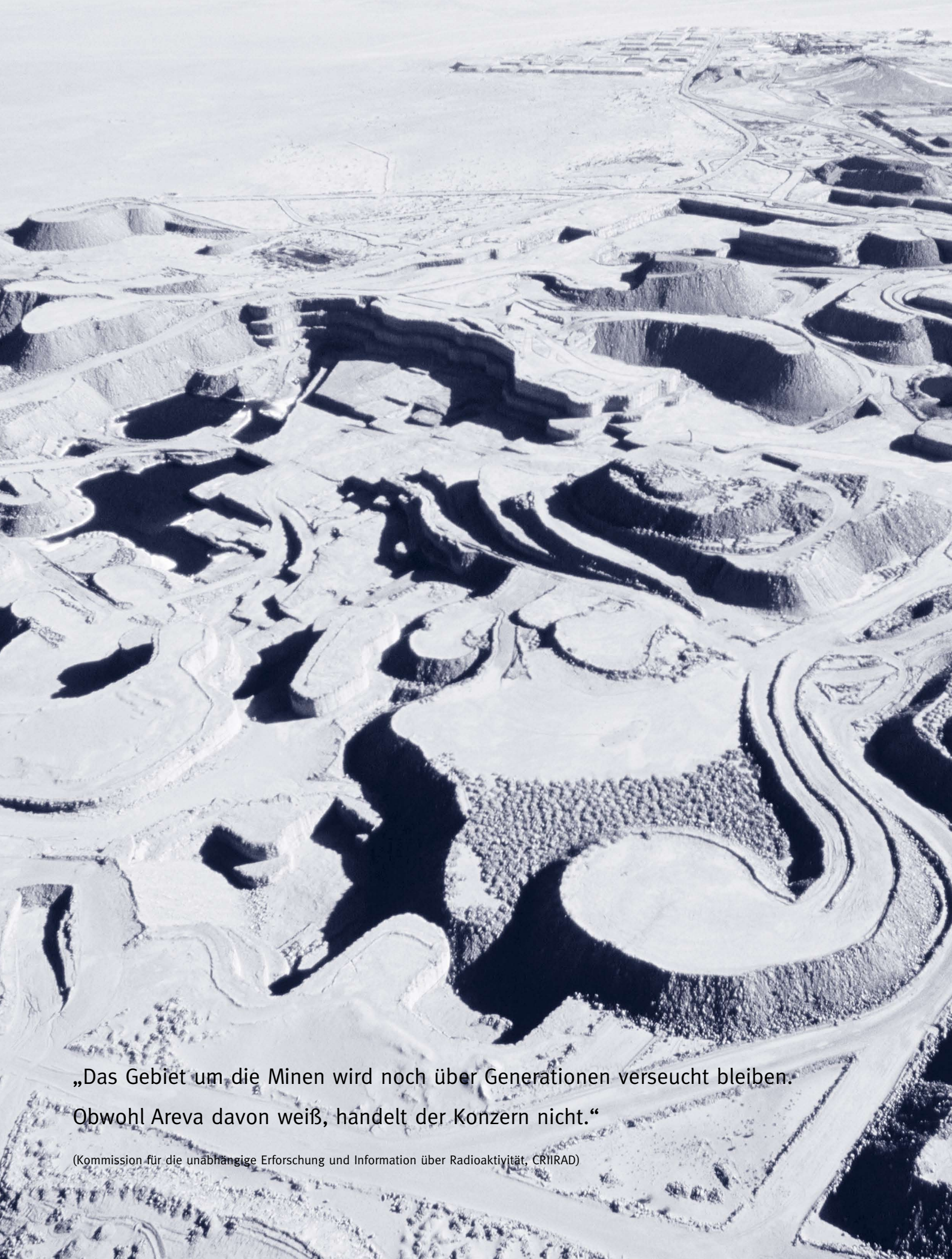
Zum Weiterlesen:

Freeport vergiftet Flüsse in Papua

- Alex Flor, Marianne Klute & Petra Stockmann: What Future for Papua? in: Eva Streifeneder & Antje Missbach (Hrsg.): Indonesia The Presence of the Past, Berlin 2007
- Indonesian Forum for Environment (WALHI): The environmental impacts of Freeport-Rio Tintos Copper and Gold Mining Operation in Papua, Jakarta 2006, www.eng.walhi.or.id
- Jane Perlez & Raymond Bonner: Below a Mountain of Wealth, a River of Waste, New York Times International, 27. 12. 2005
- Norwegian Council of Ethics, The government pension fund Global: Recommendation on exclusion of Freeport McMoRan, 15. 2. 2006

Umweltverbrecher Vedanta

- Action Aid: Vedanta Cares? Busting the myth about Vedantas operation in Lanjigarh, India, 2007, http://www.actionaid.org/assets/pdf/vedanta_report.pdf
- Nostromo Research/Indiana-Resource Center: Ravages through India. Vedanta Resources Counter Report 2005, London 2005, www.indiaresource.org
- Norwegian Council of Ethics, The government pension fund Global: Recommendations on Vedanta Resources. Report to the Norwegian Ministry of Finance, 15. 5. 2007



„Das Gebiet um die Minen wird noch über Generationen verseucht bleiben.
Obwohl Areva davon weiß, handelt der Konzern nicht.“

(Kommission für die unabhängige Erforschung und Information über Radioaktivität, CRIIRAD)



Deutsche Bank

Hausbank für Nuklear- finanzierungen

Während viele Finanzinstitutionen Atomfinanzierungen skeptisch gegenüber stehen und manche, wie etwa die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank, sie gänzlich ablehnen, hat die Deutsche Bank das ganze Programm der Nuklear-Branche im Angebot. Vom Uranbergbau über den Nuklear Power Index bis hin zu Geschäften mit Firmen, die Uran-Waffen produzieren. Die unkontrollierbaren Risiken einer Technologie, die über 250.000 Jahre lang lebensgefährlich strahlt, scheinen die Bank nicht zu stören.

**Uranmine bei Arlit in
Niger**, Photo: Yann
Arthus-Bertrand/Corbis



AREVA - radioaktive Weltklasse

Vor den Toren des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos haben die Nichtregierungsorganisationen Erklärung von Bern (EvB) und Pro Natura im Januar 2008 die unverantwortlichsten Konzerne des Jahres gekürt. Mit einem Anti-Oskar für besonders übles Firmenverhalten wurde der französische Atommulti Areva bestraft. Die Deutsche Bank kann sich gratulieren lassen, mal wieder ganz vorne mit dabei zu sein: Als Geschäftspartnerin des kritikwürdigsten Unternehmens 2008.

Schamlos in Niger

Zwei Tochterfirmen des Areva-Konzerns bauen seit den 70er Jahren im Norden Nigers Uran ab. Bereits 100.000 Tonnen Uran holten die Unternehmen Somair und Cominak aus dem Sahel-Boden und kontaminierten dabei Luft, Wasser und Böden.

Den unmittelbarsten Gefahren durch die radioaktive Strahlung, den Gasen und dem kontaminierten Staub sind die Arbeiter ausgesetzt. Deren Sicherheit war jedoch Areva bisher kaum der Mühe wert. Das französische Forschungsinstitut CRIIRAD und die Nichtregierungsorganisation Sherpa stellten in Untersuchungen fest, dass die Areva-Tochterfirmen ihre Arbeiter über 15 Jahre lang ohne Atemschutzmasken und Schutzkleidung arbeiten ließen. Über Gesundheitsrisiken wurden sie nicht aufgeklärt.

Vom Winde verweht...

Die Minenbetreiber scheinen nach dem Prinzip „nach uns die Sintflut“ zu verfahren: Anstatt radioaktiven Abraum in geschlossenen Lagern zu verstauen, wird der kontaminierte Schutt unter freiem Himmel gelagert. Der Wind und die Tiere, die die Schuttberge überqueren, verteilen die Partikel großflächig. Gleiches gilt für die fehlenden Schutzmaßnahmen des Grundwassers. In dieser Region ist Trinkwasser ohnehin ein knappes Gut. Durch Areva ist es nun mit Werten, die

weit über den von der Weltgesundheitsorganisation vorgeschriebenen Grenzen liegen, radioaktiv belastet.

Auch das radioaktive Gas Radon gefährdet die Menschen im Minengebiet, denn Areva hat versäumt, die Entlüftungsschächte der Uran-Stollen großflächig abzusperren. In ihrer Nähe beträgt die radioaktive Gammastrahlung nach Messung CRIIRADs das sechzehnfache der normalen Höhe. Auch in zwei Kilometern Abstand übersteigt der Wert noch die zulässige Höchstgrenze. Nach knapp vier Tagen zerfällt das Gas in radioaktive Schwermetalle, die beim Einatmen hoch krebserregend sind. Da Areva keine Maßnahmen ergreift, um zu verhindern, dass der Sahara-Wind das Gas weiträumig verteilt, sind große Gebiete belastet.

Strahlende Straßen

Grob fahrlässig verhält sich der Konzern auch durch den Weiterverkauf kontaminierter Metalle. Diese finden beim Haus- oder Straßenbau Verwendung und erhalten so Einzug in den Alltag der Minenanwohner. Bei Messungen in der Stadt Akokan im Mai 2007 war die normale Hintergrundstrahlung um den Faktor 100 erhöht. Auch Sicherheitsmaßnahmen beim Transport werden systematisch vernachlässigt. Nachdem 2004 ein mit Uran beladener Lastwagen verunglückte, wurde die Unfallstelle so nachlässig gereinigt, dass auch einen Monat später die Strahlung das tausend bis zehntausendfache des Normalzustands betrug.

Stadt des Todes

Die Wüstenstädte Arlit und Akouta, in denen insgesamt 80.000 Menschen leben, wurden eigens für die Minenarbeiter und ihre Familien gebaut. Die Menschen in diesen Städten sind krank. Sie haben Hautausschläge, Leukämie, Erkrankungen von Nieren und Lungen und vieles mehr. Die Menschenrechtsorganisation Sherpa fand heraus, dass in dem firmeneigenen Krankenhaus jedoch kaum eine Diagnose gestellt wird, die im Zusammenhang mit dem Uranabbau stehen könnte. Stattdessen würde den Patienten oft erklärt, sie hätten andere schwere Krankheiten wie HIV/Aids oder Malaria. Der Grund für solche Falschdiagnosen: Das Unternehmen will die Behandlungskosten für ehemalige Mitarbeiter nicht übernehmen.

„Unbegrenzt am Kernenergie-Boom partizipieren“

Die Deutsche Bank verkauft das S-Box Nuklear Power Index Zertifikat, ein Wertpapier, dessen Entwicklung an den Nuklear Power Index gebunden ist. Es handelt sich dabei um einen Branchenindex, der bis zu 20 Unternehmen umfasst, die weltweit im Nuklear-Geschäft tätig sind. Dazu zählen die Förderung von Uran, der Bau und Betrieb von Atomanlagen und Dienstleistungen, die damit im Zusammenhang stehen. Das Zertifikat macht es erstmalig möglich, „das Zukunftsthema Kernkraft über die gesamte Wertschöpfungskette abzudecken“, so die stolze Darstellung der Deutschen Bank. Das Unternehmen preist „Atomkraft als Ausweg“ aus der Energiekrise. Mit dem Verkauf der Index-Zertifikate poliert sie das Image einer Technologie auf, deren zivile Nutzung ein gesellschaftliches Risiko auf Jahrtausende darstellt. Von den zerstörerischen Folgen der militärischen Nutzung ganz zu schweigen. Mit dem Nuklear Power Index Zertifikat verkauft die Deutsche Bank falsche Erwartungen - für den hohen Preis einer verstrahlten Zukunft.

Sehr geehrte Kund/innen und Aktionär/innen,

wir alle haben Interesse an guten Renditen oder hohen Zinssätzen auf unser Ersparnis – aber nicht um jeden Preis! Wer will Gewinne einstreichen, die durch die Mitfinanzierung eines Krieges erreicht wurden? Wer ist stolz auf ein Unternehmen, das dabei hilft, über Jahrtausende gewachsene Landschaften zu zerstören? Wer will Kunde einer Bank sein, die diktatorische Regime stützt?

Auch wenn dem Geschäftsergebnis einer Bank nicht anzusehen ist, wie es zustande gekommen ist, ist Finanzierung nicht neutral. Banken spielen in der zunehmend globalisierten Welt eine zentrale Rolle für sozial und ökologisch verantwortliches Wirtschaften. Sie müssen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Und das verbindlich: Kein Geld für dreckige Deals!

Es ist für Aktionär/innen wie Kund/innen schwer nachzuvollziehen, an welchen Geschäften die Deutsche Bank beteiligt ist. Und wir möchten nicht Jahr für Jahr über die gleichen Skandale aufklären, in die die Deutsche Bank verwickelt ist. Fordern Sie deshalb jetzt mit uns gemeinsam eine grundlegende Wende bei Ihrem Kreditinstitut!

Dazu gehören:

- ein klares Bekenntnis zu Menschenrechts- und Umweltschutz, d.h. konkret: die Verabschiedung, Veröffentlichung und Umsetzung verbindlicher Umwelt- und Sozialstandards analog zu anderen international führenden Banken.
- ein klares Nein zu Finanzaktivitäten im Rüstungs- und Nuklearsektor.
- ein klares Nein zu Unternehmen, die wiederholt in Umweltskandale und Menschenrechtsverletzungen verstrickt sind, Korruption fördern oder mit Militärdiktaturen kooperieren.
- ein klares Nein zu Finanzierungen, die Konflikte in Krisenregionen anheizen und für Länder, gegen die UN-Sanktionen wirksam sind.
- mehr Transparenz, um eine glaubwürdige Umsetzung nachhaltiger Spielregeln effektiv zu gewährleisten.

Ich protestiere

Schicken Sie den beiliegenden Abschnitt an urgewald, damit wir die Protestnoten sammeln und in einer wirkungsvollen Aktion an Herrn Ackermann übergeben können.

Sehr geehrter Herr Ackermann,

ich bin schockiert darüber, dass die Deutsche Bank Finanzierungsleistungen für autoritäre Staaten, Umweltzerstörer und Menschenrechtsverletzer, Rüstungs- und Atomkonzerne anbietet. Ich möchte nicht, dass meine Bank für die Herstellung von Uranwaffen mitverantwortlich ist oder Militärdiktaturen bzw. mit ihnen kooperierende Unternehmen stützt.

Mein Geld soll sauber angelegt werden. Deswegen fordere ich Sie auf, eindeutige Umwelt- und Sozialstandards für sämtliche Geschäftsaktivitäten Ihres Hauses zu verabschieden, zu veröffentlichen und einzuhalten, damit derartige Aktivitäten in Zukunft ausgeschlossen werden können. Die Deutsche Bank muss außerdem endlich ein zeitgemäßes Nachhaltigkeitsmanagementsystem etablieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass sie gesellschaftlich verantwortungsvoll handelt – und zwar bei jeder einzelnen Finanzentscheidung.

Sollte die Deutsche Bank nicht innerhalb der nächsten Monate ein UMLENKEN signalisieren, werde ich in Erwägung ziehen, mein Konto bei Ihnen zu kündigen. Informieren Sie mich bitte umgehend über die von Ihnen eingeleiteten Reformschritte.

Mit freundlichen Grüßen

Straße/Ort:

Name:

Unterschrift:



Herausgeber: urgewald e.V., Autorin: Lotte Arndt mit Texten von Barbara Happe und Heffa Schücking
Redaktion: Barbara Happe (v.i.S.d.P.) und Heffa Schücking, Druck: Darpe Industriedruck GmbH & Co KG, Warendorf,
Gedruckt auf der Papiersorte „Cyclus Print“ aus 100% Altpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.
Wir danken der grassroots foundation für die Unterstützung unserer Kampagne. Mai 2008

urgewald e. V.
Von Galen Str. 4
48336 Sassenberg
Tel.: 02583/1031
Fax: 02583/4220
barbara@urgewald.de
www.urgewald.de



Anwalt für Umwelt und Menschenrechte



„Leistung aus Leidenschaft - Das ist die Art,
wie wir handeln.“ Deutsche Bank

Die Deutsche Bank ist in vielfacher Hinsicht in **Kriege,**
Vertreibungen, Umweltzerstörungen
und Menschenrechtsverletzungen

verstrickt. Sie kooperiert mit Unternehmen, die Bürgerkriegsmilizen unterstützen und betreut die Konten von Diktatoren. Sie finanziert einige der größten Umweltzerstörer weltweit und vergibt Unternehmensanleihen an Produzenten von Kriegsmunition. Sie nutzt ihre Position als größte deutsche Bank, um Geschäfte zu tätigen, die bei anderen Finanzinstitutionen längst auf dem Index stehen.

„Leistung, die Leiden schafft – Das ist die Art,
wie die Deutsche Bank handelt.“ urgewald





Photo: US Army

Um die Arbeits- und Umweltbedingungen in der Region zu verbessern, gründete Al-moustapha Alhacen, Vizebürgermeister von Arlit, die Bürgerinitiative Aghirin'man. 2006 demonstrierten erstmals die Bewohner von Arlit für bessere Arbeits- und Umweltbedingungen in den Uranminen. Alhacen, selbst langjähriger Mitarbeiter im Konzern, ging mit Forderungen an die Presse und schrieb an die Direktion von Areva. Zurück kam im Mai 2007 ein Entlassungsschreiben: Alhacen habe „den Interessen und dem Image des Konzerns geschadet.“

Deutsche Bank finanziert Afrikas strahlende Zukunft

Arevas Missetaten sind für die Deutsche Bank kein Grund, sich ein Geschäft entgehen zu lassen. Im November 2007 beteiligte sie sich an einem Konsortialkredit von 2,5 Mrd. US\$, mit dem Areva den Kauf des südafrikanischen Bergbau-Unternehmens UraMin finanzierte. UraMin, nun eine hundertprozentige Areva-Tochter, will auf dem ganzen Kontinent den Uranabbau vorantreiben, so in Mosambik, Namibia und Südafrika sowie den politisch höchst instabilen Ländern Zentralafrikanische Republik und Tschad. In Niger selbst ist eine Verdreifachung der Uran-Produktion geplant. So hilft die Deutsche Bank, Arevas zerstörerische Praktiken in ganz Afrika zu verbreiten.

Uranwaffen - bezahlt von der Deutschen Bank

Jahre nach seinem Einsatz im Irakkrieg 2003 leidet der US-amerikanische Soldat Gerard Matthew noch immer unter starken Kopfschmerzen und Sehstörungen. 2004 kam seine Tochter mit Fehlbildungen und chronischen Krankheiten zur Welt. Sie sind nicht die einzigen Leidtragenden. Sowohl bei der örtlichen Bevölkerung als auch bei vielen Soldaten wurden gravierende Gesundheitsschäden nachgewiesen. Der Grund: In zahlreichen Kriegen der vergangenen Jahrzehnte wurde radioaktive Uranmunition eingesetzt, so z. B. im Golfkrieg 1991, in Bosnien und im Kosovo-Krieg. Diese enthält angereichertes Uran, ein Abfallprodukt der Herstellung von Brennstäben für Atomkraftwerke. Die Verwendung dieser Munition ist ein Skandal, der erst im Nachhinein publik wurde.

Dauerhafte Verstrahlung

Jedes Kilogramm reaktorfähig angereichertes Uran hinterlässt 7 kg abgereichertes Uran. Dieses wird vielfach in der Waffenproduktion eingesetzt. In den Balkan-Kriegen wurden ca. 31.000 Urangeschosse verfeuert. Viele explodierten nicht, sondern kontaminieren nun auf Jahrzehnte das Grund- und das Trinkwasser. Sie bewirken so eine flächendeckende Verstrahlung ganzer Regionen. Abgereichertes Uran schädigt die Erbmasse DNA. In den betroffenen Regionen schnellen die Krebsraten in die Höhe.

Deutsche Bank: Schlusslicht im internationalen Vergleich

Im Juni 2007 verbot Belgien als erstes Land der Welt die Verwendung von Uranmunition. Dies schließt Verarbeitung, Nutzung, Lagerung, Kauf und Verkauf sowie den Transit sämtlicher Munition oder Waffenteile ein, die abgereichertes oder anderweitig verarbeitetes Uran enthalten. Das Land kommt damit dem wiederholten Aufruf des Europäischen Parlaments nach, die Verwendung von uranhaltiger Munition einzustellen. Ein Gesetzentwurf, auch die Finanzierung von Uranwaffen zu verbieten, liegt derzeit dem belgischen Senat vor. Auch eine Reihe von Banken hat die Gefahren erkannt und sämtliche Geschäfte mit Unternehmen eingestellt, die in der Waffenindustrie tätig sind. Dazu gehören u.a. die Triodos Bank und die ASN Bank (beide NL). Die Großbanken KBC (Belgien) und Unicredit (Italien) schließen immerhin jedwede Zusammenarbeit mit Produzenten von kontroversen Waffensystemen aus. Dazu gehört auch die Uranmunition.

Keine Berührungszwänge

Die Deutsche Bank hingegen hat keine Berührungszwänge, wenn es um strahlende Munition geht. Sie verkaufte im August 2003 und im Januar 2004 Unternehmensanleihen für GenCorp, einen zentralen Akteur der US-Militärindustrie. Mehrere Unfälle in Werken des Unternehmens in Tennessee und auf einem Testfeld in Kalifornien setzten Uran, Senfgas, Nervengas und explosive Chemikalien in die Umwelt frei. Auch mit General Dynamics, dem sechstgrößten Waffen-Lieferbetrieb weltweit, hat die Deutsche Bank keine Scheu Geschäfte zu machen. Sie beteiligte sich im Rahmen eines von US-Banken geführten Konsortiums mit Beträgen von insgesamt 249,75 Mio. US\$ am Verkauf von Anleihen für das Unternehmen, das vor allem die US-Armee mit Uran-Munition ausstattet.

Zum Weiterlesen:

Areva - radioaktive Weltklasse

- Wise Amsterdam: Mined U. Financing of new Uranium Mines, 2008, www.antenna.nl/wise
- CRIIRAD: Areva : Du discours à la réalité. L'exemple des mines d'uranium du Niger, 2008
- Global 2000/Friends of the Earth Austria: Uran - Tödlicher Rohstoff mit katastrophalen Umweltfolgen, www.global2000.at
- Fian International: Universal Periodic Review (Ghana). Human Rights violations in the context of large scale mining operations, Mai 2008 <http://www.fian.org/resources/documents/others/mining-related-human-rights-violations-ghana/pdf>

Uranwaffen - bezahlt von der Deutschen Bank

- ICBUW/Netzwerk Vlaanderen/BankTrack: To risky for business. Financial Institutions and Uranium Weapons, 2007
- International Coalition to Ban Uranium Weapons, www.bandepleteduranium.org

urgewald ist eine gemeinnützige Umwelt- und Menschenrechtsorganisation. Wir recherchieren in mühevoller Kleinarbeit, wie deutsche Banken und Firmen zu Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen in Ländern des „globalen Südens“ beitragen. Dabei arbeiten wir eng mit Betroffenen zusammen. Zu unseren Partnern gehören sowohl indische Kleinbauern und brasilianische Indianer, als auch afrikanische Menschenrechtsaktivisten und bulgarische Umweltschützer. Wir sorgen dafür, dass ihre Stimmen in Deutschland gehört werden.

In den letzten fünfzehn Jahren hat urgewald zu einer beachtlichen Anzahl von Großprojekten gearbeitet. Durch kontinuierliche Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit konnten wir häufig Entscheidungsprozesse zugunsten von Mensch und Natur beeinflussen und deutsche Finanzierungen für ökologisch und sozial fragwürdige Projekte verhindern. In unseren Veröffentlichungen und Kampagnen nennen wir Namen und Fakten und fordern von deutschen Entscheidungsträgern in der Praxis nachhaltiges Handeln ein. urgewald streitet für die Einführung verbindlicher Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards bei öffentlichen und privaten Banken.

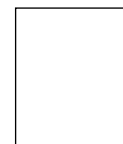
Als Anwalt für Umwelt und Menschenrechte sind wir auf unabhängiges Geld angewiesen. Unterstützen Sie urgewald durch eine Spende oder einen regelmäßigen Förderbeitrag! Ihre Spende ist steuerabzugsfähig.

Spenden können auf das folgende Konto überwiesen werden:

Volksbank Sassenberg
Konto 643 399 00
BLZ 412 625 01



Anwalt für Umwelt und Menschenrechte



An
urgewald e. V.
Von Galen Str. 4
D-48336 Sassenberg

